

Wien, Donnerstag, 25. April 1918, abends, Nr. 110.

Eine Ernährungsdebatte im Stadtrate.

Im Verlaufe der heute unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner abgehaltenen Stadtratssitzung besprach Stadtrat Spalowsky den gegenwärtigen Mangel an Lebensmitteln jeglicher Art in Wien. Er bemerkte, daß der jetzige Ernährungszustand unhaltbar sei. Alle Schritte der Gemeinde, die auf eine Verbesserung der Verhältnisse hinausliefen, seien vergeblich gewesen. Was die Versorgung mit Fleisch anbetreffe, sei der gegenwärtige Zustand unerträglich: Das in geringen Quantitäten vorhandene Schweinefleisch sei außerordentlich teuer, der Lammfleischpreis unerschwinglich, Kalbfleisch werde nur an Spitäler und Sanatorien abgegeben. Die auf den Kopf und die Woche entfallende Menge von Rindfleisch sei bei dem Fehlen aller anderen Nahrungsmittel viel zu gering, dabei lasse auch die Qualität viel zu wünschen übrig. Die Fettversorgung sei vollständig ungenügend. Am schlechtesten aber stehe es gegenwärtig um die Brot- und Mehlerzeugung. Seit drei Wochen werde der Wiener Bevölkerung kein Mehl ausgefolgt. Jetzt, da es möglich sei, hie und da Spinat oder anderes Gemüse zu bekommen, fehle es an Mehl zum Einbrennen. Er halte es daher für notwendig, daß der Stadtrat neuerdings bei der Regierung Vorstellungen erhebe, dieser den Ernst der Situation schildere und mit allem Nachdruck Abhilfe fordere. Es müsse als leichtfertig bezeichnet werden, wenn das k. k. Tel. Korrespondenz-Bureau die Nachricht ausgibt, daß der 1000. Waggon aus der Ukraine eingelangt ist, wovon aber die Bevölkerung außer Zwiebeln, nicht zu sehen bekommen hat.

Stadtrat Dr. Hein stimmt diesen Ausführungen in allen Teilen zu und erinnert daran, daß die Regierung die feierliche Zusage gegeben habe, daß die verkürzte Mehlerquote aufrecht erhalten werde. Diese Zusage wurde nicht eingehalten. Die Regierung müsse aufmerksam gemacht werden, daß für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung eine Verantwortung von der Gemeinde nicht übernommen werden könne, wenn nicht ehestens eine Besserung der Ernährungsverhältnisse eintrete. Der Redner spricht sich ebenfalls dafür aus, daß die Gemeindevertretung nochmals und energisch bei der Regierung interveniere.

St. R. Wippel schildert die Zustände im 10., Stadtrat Brauneiß jene im 14. und 15. Bezirk.

St. R. Tomola, der die mangelhafte Versorgung der Bevölkerung mit Milch eingehend erörterte, bezeichnete ebenfalls den jetzigen Zustand als unerträglich und bemerkt, daß die Unzufriedenheit immer weitere Kreise ergreife.

V. B. Hierhammer spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Regierung durch verschiedene Mitteilungen in der Presse die Bevölkerung systematisch irreführe. Ein Beispiel hiefür sei die Nachricht über den 1000. Waggon aus der Ukraine. Durch solche Verlautbarungen werde die Bevölkerung nur aufgereizt.

St. R. Knoll hält es für notwendig, daß alles darangesetzt werde, daß wenigstens die Mehlerquote eingehalten werde. Er erinnert daran, daß der Bürgermeister schon einmal in schwerer Zeit durch die Beschaffung des deutschen Gleichmehls geholfen habe und wünscht, daß Deutschland jetzt wieder der Wiener Bevölkerung über die schwerste Zeit hinweghelfe. Der Redner schildert sodann eingehend die trostlosen Verhältnisse im 21. Bezirk.

St. R. Müller konstatiert, daß die Hoffnungen auf Verbesserung der Verhältnisse durch die Einfuhr aus der Ukraine sich nicht erfüllt haben. Jetzt räche es sich, daß wir nicht sofort in die Ukraine einmarschiert seien. Die jetzigen Rationen seien gänzlich unzulänglich. Es scheine, daß von den verantwortlichen Regierungsstellen der Ernst der Lage nicht gewürdigt wird.

St. R. Grünbeck stellt fest, daß in den Kaffeehäusern der Leopoldstadt Mehl, das Kilo zu 12 bis 15 K in jeder beliebigen Menge im Schleichhandel erhältlich sei. Solange in der Zentralen-Wirtschaft keine Aenderung eintrete, werde die Bevölkerung nicht befriedigt werden.

St. R. Hohensinner begrüßt ebenfalls die Ausführungen des St. R. Spalowsky. Das Anstellen, das eine Zeitlang aussetzte, nehme wieder überhand und die Leute stellen sich oft schon um 10 Uhr abends an. Schulkinder gehen mit Ueblichkeiten aus der Schule, weil sie der Hunger martert. Die Verheißungen der Regierung auf die infolge der Einfuhr aus der Ukraine bald eintretende Besserung müssen als gewissenlos bezeichnet werden. Auch die Wirtschaft der Bezirkshauptleute sei unerträglich, deren Selbstherrlichkeit müsse ein Ende gemacht werden. An die Schriftleitungen der Tagesblätter soll das Ersuchen gerichtet werden, Mitteilungen, wie „der 1000. Waggon aus der Ukraine“ nicht mehr zu bringen.

V. B. Hoß bespricht die Uebelstände in der Fleischversorgung und deren Ursachen. Der tschechische Teil des Kronlandes Böhmen habe gänzlich versagt. Es werde von dort nur mehr minderwertiges Fleisch eingeführt; da keine Innereien kommen, müsse unbedingt darauf bestanden werden, daß die Rinder im lebenden Zustande nach Wien gebracht werden, insbesondere in den Sommermonaten, in denen das Fleisch leicht dem Verderben unterliegt. Der Redner hält es für zweckmäßig, daß bei der Regierung auch in der Richtung interveniert werde, daß aus der Ukraine so schnell als möglich, lebende Rinder eingeführt werden.

St. R. Poyer bespricht den letzten Ausweg der Regierung, den Selbstversorgern das Mehl abzunehmen und glaubt, daß dieser Schritt nicht den gewünschten Erfolg haben werde.

Mag. R. Dr. Roßkopf gibt eine erschöpfende Darstellung über die Mehlerzeugung und Mag. Rat Dr. Wanschura erstattet einen eingehenden Bericht über die Fleischversorgung.

Nach dem Antrage des Stadtrates Spalowsky faßte der Stadtrat einstimmig nachstehende Entschliebung:

Der Wiener Stadtrat stellt fest, daß die Ernährungsverhältnisse der Wiener Bevölkerung trotz der wiederholten Zusagen der Regierung nicht nur keinerlei Verbesserung aufweisen, sondern besonders in den letzten Wochen geradezu eine katastrophale Entwicklung genommen haben. Das vollständige Ausbleiben von Kochmehl und die ganz ungenügende Zuteilung von Fett, Milch und Fleisch machen die Befriedigung des notwendigsten Nahrungsbedarfes ganz unmöglich. Angesichts dieses unerträglichen und unhaltbaren Zustandes richtet der Stadtrat an den Bürgermeister das Ersuchen, bei der Regierung neuerlich nachdrücklichst die ungesäumte Zufuhr von ausreichenden Nahrungsmittelmengen nach Wien zu verlangen.